

# **DIW Studie belegt erneut: Energetische Gebäudesanierung – teuer, ineffizient und nutzlos!**

geschrieben von Admin | 9. Oktober 2020

Eine aktuelle Studie des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW bestätigt, was Kritiker schon lange vermutet haben: Die kostenintensive Wärmedämmung von Gebäuden, mit der die Politik den Ausstoß von Kohlendioxid zur Erreichung der Pariser Klimaziele vermindern will, bringt nichts!

Zwischen 2010 und 2018 sind knapp 500 Milliarden Euro in die energetische Gebäudesanierung geflossen, ohne dass ein signifikanter Effekt für den Klimaschutz erzielt wurde. Zwar sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Wohngebäuden in Deutschland in den letzten 10 Jahren um 20,7 Prozent gesunken.

Dieser Rückgang ist aber in erster Linie auf die milderen Winter und dem deshalb geringeren Heizbedarf zurückzuführen. Lässt man die Temperatur- und Witterungseinflüsse außer Acht, hat der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Gebäudesektor nur um 2,6 Prozent abgenommen.

Daten des Umweltbundesamtes bestätigen den Befund des DIW, dass die von der Politik forcierte Wärmedämmung beinahe wirkungslos verpufft ist. 2019 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gebäuden im Vergleich zum Vorjahr sogar um fünf Millionen Tonnen oder 4,4 Prozent gestiegen. Grund ist der Preisrückgang bei Heizöl, der Nachfrage und Verbrauch erhöht hat.

Ein ernüchterndes Ergebnis der deutschen Klimapolitik und zugleich ein Schlag ins Gesicht der Bundesregierung, die das Dämmen nicht nur fördert, sondern auch gesetzgeberisch fordert.

Die Dummen sind vor allem die Mieter, die einen nicht unerheblichen Teil der Kosten für die energetische Sanierung der von ihnen bewohnten Häuser tragen müssen.

Denn der Vermieter ist berechtigt, die jährliche Miete um 11 Prozent der für eine Wohnung aufgewendeten Investitionen erhöhen, wenn er bauliche Maßnahmen durchgeführt hat, die den Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöhen.

Dazu rechnen auch Umbauten, die zu einer dauerhaften Einsparung von Energie und Wasser führen, erläutert der Deutsche Mieterbund (DMB). Doch die aus der Gebäudedämmung resultierenden Einsparungen wiegen die höheren Mieten vor allem bei niedrigpreisigem Wohnraum bei weitem nicht auf. Unter dem Strich zahlen die meisten Mieter nach einer energetischen Sanierung deutlich mehr als vorher, was vor allem sozial schwache

Menschen überfordert.

Die weitgehend nutzlose Wärmedämmung ist ein wichtiger Grund für die steigenden Mieten in den städtischen Ballungsräumen, was aber in der politischen Diskussion gerne unter den Teppich gekehrt wird.

»Aktuell sanieren wir uns insbesondere in den Metropolen systematisch den günstigen Wohnraum weg«,

warnet Axel Gedaschko, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., dem Spitzenverband der deutschen Wohnungswirtschaft.

Und weiter:

»Mit diesem Konflikt zwischen leistbaren Mieten und Klimazielen dürfen Vermieter und Mieter nicht einfach allein gelassen werden. Statt extrem teurer Effizienzmaßnahmen müssen neue, energiesparende Modelle gefördert und Mieterstrom endlich von den steuerlichen Hürden befreit werden.«

Ähnlich sieht das die FDP, die kürzlich eine Anfrage zu den Förderprogrammen für die energetische Gebäudesanierung im Deutschen Bundestag gestellt hat. Das Resümee von Daniel Föst, wohnungspolitischer Sprecher der Liberalen: »Die Bundesregierung verbrennt Milliarden völlig wirkungslos im Klimaschutz. Die Kosten für diese verfehlte Politik tragen die Mieter. Die GroKo hat nur Geld, Zeit und Vertrauen verschwendet.« Föst will die Gebäudedämmung am liebsten sofort beenden und fordert stattdessen einen »echten Emissionshandel, damit Investitionen dort landen, wo sie für das wenigste Geld am meisten bewirken.«

Doch zumindest aus dem Ende des Dämmwahns dürfte nichts werden. Denn die Bundesregierung hält eisern an diesem Instrument zum angeblichen Klimaschutz fest, trotz der neuen Zahlen des SPD-nahen DIW. Der Grund: Die Gebäudedämmung sichert hierzulande etwa 300.000 Arbeitsplätze im Bauhandwerk. Auf die will man offenbar nicht verzichten, trotz der nachweislich mageren Klimabilanz und der hohen Kosten von Wärmedämmsystemen. Wieder ein schönes Beispiel, das zeigt, worum es bei den billionenschweren Klimaschutzpaketen, die Bundesregierung und EU auflegen, in Wahrheit geht: Um Wirtschaftsförderung und die Steigerung des Wachstums!

Um den Steuerzahlern die horrenden Kosten für die Programme schmackhaft zu machen, wird von Politik und Medien Klima-Panikmache betrieben und die unvermeidliche Apokalypse an die Wand gemalt, sollte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht drastisch heruntergefahren werden.

Deutschland und die Europäische Union wollen bis 2050 »klimaneutral« werden und so die Welt retten, obwohl die Mitgliedsstaaten der EU

weniger als 10 Prozent zu den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen – mit sinkender Tendenz. Deutschland hat einen Anteil von knapp zwei Prozent.

Allein China und Indien bringen es zusammen auf 50 Prozent!

Es ist also für das Ausmaß der Erderwärmung unerheblich, was Europa tut, um weniger Kohlendioxid in die Luft zu blasen – wenn denn CO<sub>2</sub> überhaupt einen maßgeblichen Einfluss auf die Klimaentwicklung hat, wie uns der Mainstream weismachen will.

An dieser These bestehen bekanntlich erhebliche Zweifel bei seriösen Experten, wie auch das gerade erschienene Buch *Unerwünschte Wahrheiten: Was Sie über den Klimawandel wissen sollten* von Fritz Vahrenholt und Sebastian Lüning zeigt. Auch als Vorbild für andere Länder taugen wir nicht. Denn die kostspieligen Maßnahmen, die wir uns in Europa leisten, sind für die meisten anderen Staaten vor allem in der Dritten Welt schlicht zu teuer.

Trotzdem hält die Politik in Berlin und Brüssel stur an ihrer Linie fest – zu Lasten der Bürger und speziell bei der energetischen Gebäudesanierung auf Kosten der Mieter!

**Bestellinformationen:**

» Marco Pino: *Mythos Klimakatastrophe*, DVD, ca. 87 Min., 12,99 Euro – **hier** bestellen! » Schneider: *Bahnbrechende Energietechn.*, 3 DVDs, 528 Min., 24,99 Euro – **hier** bestellen!

---

*(Dieser Beitrag ist zuerst bei KOPP Report erschienen).*